

Prammer: Gesetzesentwurf über elektromagnetische Felder

Utl.: Entwurf wird bis Jahresende vorliegen=

"INFORMATION ZUR PRESSEKONFERENZ

MIT KONSUMENTENSCHUTZMINISTERIN BARBARA PRAMMER

AM 23. OKTOBER 1998 ZUM THEMA

"ELEKTROMAGNETISCHE FELDER - AUSWIRKUNGEN AUF DIE GESUNDHEIT"
ANLÄSSLICH EINER TAGUNG DES BKA UND DER UNI SALZBURG" =

Wien (OTS) - Die Menschen in den Industriestaaten sind heute immer mehr den Einwirkungen elektrischer, magnetischer und elektromagnetischer Felder ausgesetzt. Obwohl die Anwendung der Elektrizität sehr viel Nutzen (z.B. Medizin, Informationsgesellschaft), gebracht hat, taucht in der öffentlichen Diskussion auch immer wieder die Frage nach möglichen Gesundheitsbeeinträchtigungen durch elektromagnetische Felder auf.

Österreich achtet schon seit Jahren darauf, neue Technologien nicht nur zu unterstützen und zu fördern, sondern auch mögliche Gesundheitsbeeinträchtigungen zu untersuchen und durch gesetzliche Maßnahmen zu vermeiden, stellt Konsumentenschutzministerin Barbara Prammer fest. So hat Österreich als erstes europäisches Land schon 1986 die seinerzeitigen Empfehlungen der ICNIRP (Internationale Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung) berücksichtigt.

GESETZLICHE REGELUNG IN ÖSTERREICH IN VORBEREITUNG

Derzeit wird in Österreich ein Gesetzesentwurf zum Schutz der Menschen vor den Auswirkungen von nichtionisierenden Strahlen erarbeitet, der bis Ende 1998 fertiggestellt und anschließend in die Begutachtung gehen wird, betont Prammer.

Dieses Gesetz wird sämtliche nichtionisierenden Strahlen (Ultraschall, Elektromagnetische Felder, Infrarotstrahlung, UV-Strahlung, Laser) umfassen und unter anderem klare Grenzwerte festlegen, in welchem Ausmaß der menschliche Körper mit diesen Strahlen belastet werden darf. Außerdem sind Vorsichtsmaßnahmen beim Betreiben von Anlagen vorgesehen. Weiters ist durch das Gesetz die

Installation von Experten zur Beratung von Bewilligungsinhabern (z.B. Laserschutzbeauftragte) geplant.

Die Grundlage des neuen Gesetzes bilden die neuen von der ICNIRP veröffentlichten Richtlinien für die Begrenzung der Belastung durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder. Diese unabhängige und international anerkannte wissenschaftliche Organisation arbeitet aufgrund der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse aktuelle Empfehlungen aus. Sie ist in Fragen der nichtionisierenden Strahlung als Beratungsgremium für die WHO (Weltgesundheitsorganisation) und die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) tätig.

EU HAT EMPFEHLUNG AUSGEARBEITET

Auch die EU ist auf Basis der ICNIRP-Richtlinien initiativ geworden. So hat die Europäische Kommission eine Empfehlung zur Begrenzung der Belastung der Bevölkerung durch elektromagnetische Felder ausgearbeitet, die seit Juli 1998 im Rahmen der österreichischen EU-Präsidentschaft im EU-Gesundheitsministerrat beraten wird und 1999 beschlossen werden soll. Die Inhalte dieser Ratsempfehlung werden bei der Ausarbeitung des österreichischen Gesetzes berücksichtigt, betont Prammer.

WHO-PROJEKT WIRD NEUE ERKENNTNISSE BRINGEN

1996 hat die Weltgesundheitsorganisation WHO ein Projekt gestartet, das bis zum Jahr 2004 dauern und neue Erkenntnisse bringen wird. Im Rahmen dieses Projekts werden die Forschungsprojekte international koordiniert, um unnötige Parallelen zu vermeiden.

Auch Österreich arbeitet an diesem internationalen "WHO EMF Projekt" mit, um über den aktuellen Stand von Wissenschaft, Medizin und Technik zu dieser Thematik informiert zu sein und bei Notwendigkeit Sofortmaßnahmen in Interesse der Gesundheit der Menschen setzen zu können, zeigt Prammer abschließend auf.

Rückfragehinweis: BM für Frauenangelegenheiten und
Verbraucherschutz, Hr. Robert Wier,

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS*****

OTS0202 1998-10-23/12:58

231258 Okt 98

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19981023_OTS0202